



## KONJUNKTURREPORT

12. Jg., Ausgabe 1, März 2012

### Konjunktur stabilisiert sich auf niedrigem Niveau

Nachdem sich das Wachstum der **Weltwirtschaft** im zweiten Halbjahr 2011 abgeschwächt hatte, mehren sich die Anzeichen einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Der vom Münchner ifo Institut veröffentlichte Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist nach zweimaligem Rückgang im ersten Quartal 2012 leicht gestiegen. Für die Verbesserung waren die etwas weniger pessimistischen Erwartungen für die nächsten sechs Monate verantwortlich, während die gegenwärtige Lage schlechter beurteilt wurde. In den **USA** ist das saisonbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im letzten Quartal 2011 um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nach 0,5 % in den drei Monaten davor. Die Beschleunigung zum Jahresende ist auf die privaten Konsumausgaben, die Wohnbauinvestitionen und die Lagerbestandsveränderungen zurückzuführen. Die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen schwächte sich hingegen ab, die Staatsausgaben waren rückläufig und vom Außenhandel ging ein negativer Wachstumsbeitrag aus. Im Gesamtjahr wuchs die US-Wirtschaft um 1,7 %, nach 3,0 % im Jahr 2010. In **Japan** ging die gesamtwirtschaftliche Produktion im letzten Jahresviertel um 0,6 % im Vergleich zum Vorquartal zurück, nachdem im dritten Quartal ein Wachstum von 1,7 % erzielt worden war. Während das hohe Wachstum im dritten Quartal auf Aufholeffekte nach dem Tsunami und dem Reaktorunfall zurückzuführen war, belasteten zum Jahresende Produktionsausfälle durch die Flut in Thailand und die Yen-Aufwertung die wirtschaftliche Aktivität. Im Gesamtjahr ging das reale BIP um 0,9 % zurück, nachdem es im Jahr 2010 noch um 4,4 % gestiegen war. In **China** ging das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im Vorjahresvergleich leicht von 9,1 % im dritten auf 8,9 % im vierten Quartal zurück. Die Abschwächung ist auf die nachlassende Auslandsnachfrage und die restriktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen zurückzuführen. Im Jahresdurchschnitt 2011 belief sich das Wachstum auf 9,2 %, nach 10,4 % im Jahr

2010. Im **Euroraum** und in der **EU27** ging die gesamtwirtschaftliche Produktion ersten Schätzungen zufolge im vierten Quartal jeweils um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal zurück, nachdem sie in den drei Monaten davor noch um 0,1 % bzw. 0,3 % gestiegen war. Im Jahresdurchschnitt stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum um 1,5 % und in der EU27 um 1,6 %, nach 1,9 % bzw. 2,0 % im Jahr 2010. Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima im Euroraum ist im ersten Quartal 2012 nach zuvor zwei Rückgängen leicht gestiegen, er liegt aber weiterhin deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt. Die Beurteilungen zur aktuellen Lage haben sich weiter eingetrübt, während sich die Erwartungen etwas aufhellten.

In **Österreich** ging die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 0,1 % zurück, nachdem sie in den ersten drei Jahresvierteln um 0,9 %, 0,5 % bzw. 0,2 % zugenommen hatte. Für das Gesamtjahr 2011 ergibt sich ein Wirtschaftswachstum von 3,1 %, nach 2,3 % im Jahr davor. Im letzten Quartal 2011 verringerte sich die Expansion des privaten und des öffentlichen Konsums. Die Ausrüstungsinvestitionen wiesen mit 1,4 % gegenüber dem Vorquartal noch ein kräftiges Wachstum auf, allerdings zeigte sich auch bei diesem Aggregat eine Abschwächung, denn im dritten Quartal hatte die Wachstumsrate noch 1,9 % betragen. Die Bauinvestitionen, die im ersten Halbjahr erstmals seit langem gestiegen waren, stagnierten im dritten Quartal und gingen im vierten Quartal leicht zurück. Die nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik schlug sich in einem Rückgang der Exporte nieder. Entstehungsseitig machte sich die globale Konjunkturschwäche vor allem in der Sachgüterproduktion bemerkbar, während in den meisten Dienstleistungsbereichen die Wertschöpfung zunahm. Im Verlauf des Jahres 2012 sollte sich die Konjunktur im Einklang mit der erwarteten weltwirtschaftlichen Besserung und der Beruhigung auf den Finanzmärkten allmählich beleben.

(Fortsetzung auf Seite 8)

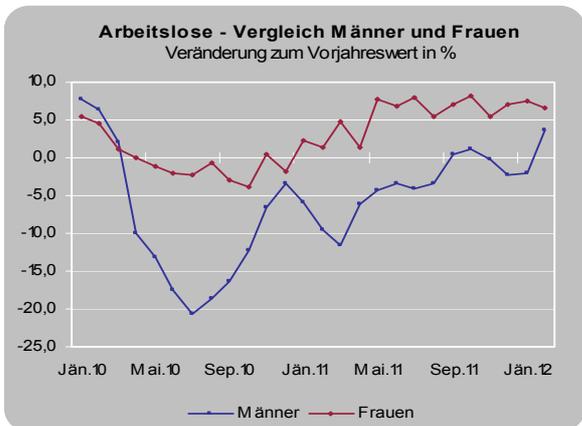
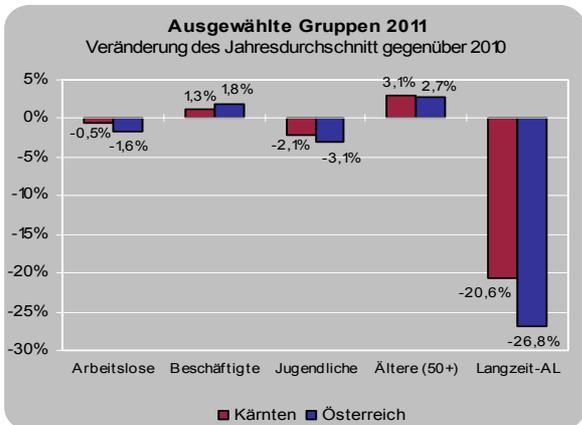
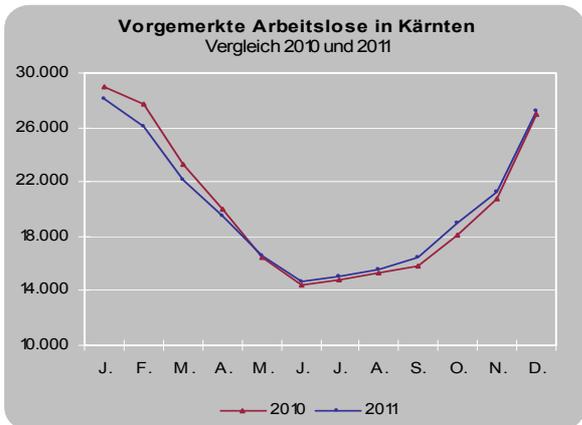
**Aktuelles vom Arbeitsmarkt**

Zum Jahresbeginn setzt sich die ungünstige Entwicklung am Kärntner wie auch am österreichischen Arbeitsmarkt fort. So beträgt im Februar 2012 die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 27.263 und liegt damit um 4,7 % über dem Vorjahreswert (Österreich: 310.064; +6,1 %). Auch die Zunahme der Zahl der unselbständig Beschäftigten verliert an Dynamik und nimmt – im Vergleich zum Vorjahr – um lediglich 0,8 % zu (Österreich: +1,7 %). Prognosen des Arbeitsmarktservice (AMS) gehen davon aus, dass im Verlauf des Jahres 2012 – aufgrund fehlender Wachstumsimpulse – von einer weiteren Zunahme der Zahl der Arbeitslosen bei gleichzeitiger Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus auszugehen ist.<sup>1</sup>

Traditionell erfolgt in der ersten Ausgabe des Konjunkturreports ein Rückblick auf die Arbeitsmarktentwicklung des abgelaufenen Kalenderjahres: im Jahresdurchschnitt 2011 betrug die Arbeitslosenquote in Kärnten 8,9 % und liegt damit um 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres (Österreich: 6,7 %; minus 0,2 Prozentpunkte). Gleichzeitig hat die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Kärnten mit +1,3 % deutlich stärker zugenommen als noch im Jahr 2010 (Österreich: +1,8 %). Daneben nahm die Zahl der Schulungsteilnehmer/innen beim AMS im Jahresdurchschnitt um 10,3 % gegenüber dem Vorjahr ab (Österreich: -13,6 %). Die Entwicklung des Kärntner Arbeitsmarktes blieb jedoch unter den Erwartungen, wie auch der gesamtösterreichischen Entwicklung: die zu Jahresbeginn positive Entwicklung hat sich bereits Mitte des Jahres deutlich abgeschwächt; laut AMS hätte die Arbeitslosenquote ohne Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik 10,9 % betragen.

Besonders profitiert haben auch im Jahr 2011 die Männer (Arbeitslose: -4,8 %), während Frauen sehr stark von der ungünstigen Arbeitsmarktentwicklung betroffen waren (+5,3 %). Neben der positiven Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Kärnten (-2,1 % im Vergleich zum Jahr 2010) gilt es besonders die Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr) hervorzuheben; diese sank um 20,6 % gegenüber dem Vorjahr. Strukturelle Probleme der Arbeitsmarktentwicklung bestehen hingegen fort; die Arbeitslosigkeit von Älteren (50+) nahm 2011 um weitere 3,1 % zu, nachdem schon im Jahr 2010 ein Zuwachs von 4,1 % beobachtet wurde. Unverändert hoch ist mit 21.853 Personen auch die Anzahl der geringfügig Beschäftigten, welche im Jahr 2011 um weitere 3,8 % zugenommen haben.

Robert Klinglmair



<sup>1</sup> Vgl. AMS Kärnten (2012). *Geschäftsbericht 2011*, S. 24.

## Schuldenkrise

Nach der Finanzkrise des Jahres 2008 und der Wirtschaftskrise des Jahres 2009 sind wir im Jahr 2010 in einer Staatsschuldenkrise gelandet, nachdem die großen Investoren am internationalen Kapitalmarkt realisiert hatten, dass Griechenland eine untragbar hohe Staatsverschuldung aufgebaut hat und daher für neue Kredite untragbar hohe Zinsen verlangten. Bis zu dieser Krise haben die Banken sehr gerne Staatsanleihen gekauft, weil sie stabile Erträge abwarfen und kein Eigenkapital unterlegt werden musste. Spätestens seit dem erzwungenen freiwilligen Verzicht auf einen Teil der Forderungen gegenüber Griechenland gelten Staatsanleihen nicht mehr als risikofreie Anlagen und trotz der Entspannung auf dem Markt für Staatsanleihen, die es zumindest Italien und Spanien ermöglicht, sich wieder am Kapitalmarkt zu finanzieren, ist die Verunsicherung groß.

Ein Grundübel der gegebenen Situation liegt darin, dass Kredite an Staaten – über den Kauf von Staatsanleihen – ohne Sicherheiten gewährt werden, ohne die transparenten und nachvollziehbaren Bilanzen wie sie von Unternehmen als privaten Schuldner verlangt werden. Einen schwachen Ersatz stellt allenfalls die Bewertung durch Rating-Agenturen dar, die wenigstens den „Investment-Grade“ BBB erteilen müssen, damit institutionelle Investoren Anleihen eines staatlichen Schuldners kaufen (dürfen) oder das Argument „Too big to fail“, nach dem die Euro-Partner ein Mitgliedsland, auch wegen der Gefahr der Ansteckung anderer schwacher Schuldner, nicht fallen lassen (können).

Investoren sollten prüfen können, wofür das zur Verfügung gestellte Kapital verwendet wird. Das Rechnungswesen der öffentlichen Hand ist für diesen Zweck höchst mangelhaft; nur in Ausnahmefällen existiert eine Bilanz, die nach Grundsätzen des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens erstellt wurde und auch offene Verbindlichkeiten wie Garantien, Bürgschaften oder Leistungsversprechen, etwa in der Altersvorsorge oder gegenüber ausgegliederten Rechtsträgern, ausweist. Das staatliche Vermögen wird im Allgemeinen nicht aufgelistet und nach Rechnungslegungsvorschriften bewertet, womit auch betriebsnotwendige Anlagen nicht erkennbar sind. Bei Neuinvestitionen fehlt in der Regel die Überlegung von Alternativen der Leistungserstellung und die Kalkulation von Folgekosten der Investitionen und der Kosten der Kapitalbindung ist mangelhaft oder fehlt gänzlich.

Die fehlende Transparenz und die Unvollständigkeit der Rechnungslegung der öffentlichen Hand sind lange bekannt. Wenn der Staat den

Kapitalmarkt beansprucht, können Investoren eine Bilanz, einen Rechnungsabschluss und eine Art „Geschäftsbericht“ verlangen, wie dies bei Unternehmensanleihen selbstverständlich ist. Dies gilt zumal in einer Situation einer hohen staatlichen Verschuldung und erheblicher Budgetdefizite wie sie für viele Staaten, innerhalb und außerhalb der EU und Euro-Zone, zu beobachten ist. Die somit fehlende Transparenz bedroht letztendlich die Kapitalmarktfähigkeit oder zumindest die Bewertung durch Ratingagenturen. Die Instrumente eines aussagekräftigen Rechnungswesens wären auch geeignet, Ansatzpunkte eines Programms der Budgetkonsolidierung und des Schuldenabbaus aufzuzeigen und den Erfolg operativer Maßnahmen und von Sanierungsmaßnahmen zu messen.

Das Projekt der österreichischen Bundesregierung einer Reform von Haushaltsrecht und Haushaltssteuerung, das seit einigen Jahren im Gang ist und im Jahr 2013 abgeschlossen sein wird, weist in diese Richtung; es soll im Weiteren auf Länder und Gemeinden übertragen werden und könnte, über die ad hoc-Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise hinaus, auch wichtige Anregungen für die Architektur einer künftigen Fiskalunion der Euro-Länder geben.

Das „Sparpaket“ der Bundesregierung mit einem Volumen von € 27 Mrd. bis 2016 konkretisiert einen Budgetpfad, der mit oder ohne verfassungsrechtliche Schuldenbremse zu einem ausgeglichenen Budget führen soll. Zu Recht wird kritisiert, dass dieses Paket gewichtige Positionen enthält, die lediglich Hoffnungswerte darstellen (Finanztransaktionssteuer, Steuerabkommen mit der Schweiz) oder inhaltlich noch offen sind wie die geplanten Einsparungen im Gesundheitsbereich. Zu Recht kritisiert wird auch, dass sich ein Ansatz zu Strukturereformen kaum erkennen lässt. Das Paket erscheint so als eine Reaktion auf den Druck der Rating-Agenturen und nicht als Ausdruck einer Reformstrategie, die eine nachhaltige Budgetsanierung zum Ziel hat.

Hans-Joachim Bodenhöfer

## Vorstellung des Projektes ECONGRID

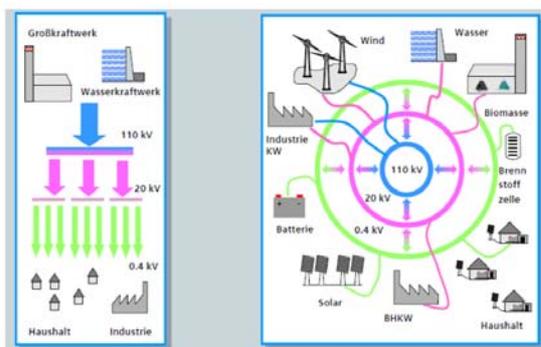


Ferraris Strom-Zähler und veraltete „blinde“ Netzstrukturen sind von gestern, intelligente Netze ausgestattet mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien – sogenannte „Smart grids“ – und intelligente, digitale Stromzähler – „Smart Meter“ – hingegen die Schlagworte von heute.

Die Festlegung der Klimaschutz- und Energieziele der EU (20-20-20 Ziele) und hier insbesondere die verstärkte Integration erneuerba-

rer Energieträger setzen eine Modernisierung des bestehenden Elektrizitätssystems voraus, mit anderen Worten: die Modernisierung der Stromnetze ist eine zentrale Voraussetzung dafür, um die energiestrategischen Ziele der europäischen Energiepolitik erreichen zu können. War ursprünglich das Elektrizitätsversorgungssystem durch eine zentrale Stromproduktion und einen Stromfluss in überwiegend eine Richtung (nämlich von der höchsten Spannungsebene mit einer vergleichsweise geringen Anzahl an Großverbrauchern hin zu einer niedrigeren Spannungsebene mit einer vergleichsweise großen Anzahl an Kleinverbrauchern<sup>2</sup> (Abbildung 1 links) gekennzeichnet, wird heute massiv die „eigene“ Stromproduktion von Haushalten, Gewerbe und Industrie aus alternativen Energieträgern gefördert. Konsumenten werden damit zu Stromproduzenten (Stichwort „Prosumer“) und gleichzeitig steigen die Anforderungen an das Stromnetz: Die Einspeisung höchst volatiler, dezentraler Anlagen (z.B. Photovoltaik, Windkraft) bedeuten für das Netz einen Stromfluss nunmehr in beide Richtungen, wobei das Managen höchst volatiler Lasten eine große Herausforderung darstellt (Abbildung 1 rechts).

Abbildung 1: Entwicklung der Verteilnetze



Quelle: Siemens

Smart Grids sollen den zügigen Ausbau erneuerbarer Energieträger begleiten, Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleisten und eine bidirektionale Kommunikation ermöglichen.

Haushaltskunden wird die Installation von intelligenten Stromzählern, sogenannten Smart Metern, neue Möglichkeiten und Funktionen bieten. Die Einführung intelligenter Messsysteme wird von der EU im Rahmen der Richtlinie 2009/72/EG forciert. Konkret wird darauf abgezielt, die Kunden jederzeit über ihren Stromverbrauch und die Stromkosten zu informieren, dass diese die Möglichkeit haben, auf ihren Stromverbrauch Einfluss zu nehmen.<sup>3</sup> Die Installation von Smart Metern in Kombination mit geeigneten Feedback Tools

(z.B. Displays) und in Kombination mit zeitabhängigen Tarifen (Demand Response) sollen dazu beitragen, Effizienzpotentiale zu realisieren und den Stromverbrauch und die Nutzung der Geräte zu steuern. Entsprechend dem dritten Binnenmarktpaket für den Elektrizitätsmarkt sollen bis 2020 mind. 80 % der Haushalte mit Smart Metern ausgestattet werden.

Die Umstrukturierung der Stromnetze hin zu Smart Grids wird einen hohen Investitionsbedarf erfordern. Daher stellt sich die Frage, wer den Großteil der Kosten übernehmen wird (muss) bzw. welche Gruppen (größtenteils) von Smart Grids profitieren werden. Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind demgemäß zusätzliche Investitionen in die Netze nach ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkung zu hinterfragen. Während kurzfristig davon ausgegangen wird, dass die Implementierung von Smart Grids hohe Kosten verursachen werden, kann es langfristig zu Einsparungen, beispielsweise im Bereich der Infrastrukturbereitstellung kommen. Die Nutzeneffekte der künftigen intelligenten Netze können dabei vielfältig sein und sowohl die Umwelt entlasten als auch die Wirtschaft stärken. Dazu zählen:

- **Sinkende Gesamtstromkosten:** Mit Hilfe von Smart Metern und variablen Tarifen (Demand Response Programme) sollen der Energieverbrauch und damit auch die Stromkosten sinken (z.B. durch einen Austausch ineffizienter Geräte, Reduktion des Verbrauchs).
- **Etablierung neuer Elektrizitätsmärkte:** Kunden kaufen nicht nur Elektrizität ein sondern speisen selbst Strom ein und werden zu „Prosumern“.
- **Kapitaleinsparung bei den Netzen:** Eine gesteigerte Effizienz der Netze führt dazu, dass Investitionen in einem geringeren Ausmaß bzw. zu einem späteren Zeitpunkt getätigt werden müssen.
- **Reduktion des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen:** Gesteigerte Effizienz und Demand-Side Management Programme in Kombination mit Smart Metern können dabei helfen, den Energieverbrauch zu senken. Die verstärkte Integration erneuerbarer Energieträger reduziert Treibhausgasemissionen.

Um eine Bewertung der Kosten und Nutzen einer breiten Einführung von Smart Grids in Österreich durchführen zu können, initiierte das IHS Kärnten das vom Klima- und Energiefonds geförderte Projekt „ECONGRID“ (Smart Grids und volkswirtschaftliche Effekte: Gesamtwirtschaftliche Bewertung von Smart-

<sup>2</sup> Vgl. E-Control (2005): Dezentrale Erzeugung in Österreich. Wien.

<sup>3</sup> Europäische Union (2009): RL 2009/72/EG

Grids-Lösungen).<sup>4</sup> Ziel des Projektes ECON-GRID ist es, eine gesamtwirtschaftliche Bewertung der breiten Einführung von Smart Grids in Österreich durchzuführen. Aufbauend auf einer Beschreibung des IST-Zustands der elektrischen Netze in Österreich werden Ausbauszenarien für Smart Grids modelliert, berechnet und diskutiert. Dabei werden diese Szenarien, unter Berücksichtigung realer Netzabschnitte, in einem weiteren Schritt hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Wirkungen analysiert und die zu erwartenden Nutzeneffekte monetär bewertet.

Da die Bearbeitung des Projektes sowohl umfangreiche technische als auch wirtschaftliche Kompetenzen erfordert, konnten als Partner für das Projekt das Institut für Elektrische Anlagen der Technischen Universität Graz, Plaut Economics sowie als Netzbetreiber die Energie Klagenfurt gewonnen werden. Das Projekt startete im Mai 2011 und läuft bis Ende April 2013. Um sicherzustellen, dass dieses Projekt eine hohe praktische Bedeutung erlangt und um bei der Durchführung des Projektes breites Expertenwissen einfließen zu lassen, konnten namhafte Experten aus dem technisch-wissenschaftlichen Bereich im Rahmen eines „Projektbeirats“ gewonnen werden.

Die Ergebnisse des Projektes werden zu einem späteren Zeitpunkt auch im IHS Kärnten Konjunkturreport vorgestellt.

Beate Friedl

## Bevölkerungsalterung und privater Konsum

Sofern die wirtschaftlichen Folgen des demographischen Wandels diskutiert werden, stehen häufig Themenbereiche wie der Arbeitsmarkt, das Pensionssystem oder die öffentlichen Finanzen im Vordergrund. Ein vergleichsweise weniger betrachtetes Feld bilden die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf den privaten Konsum. Der private Konsum macht mit über 50 % den größten Teil des Bruttoinlandsprodukts Österreichs aus<sup>5</sup> und ist damit ein entscheidender Wirtschaftsfaktor in Österreich. Das Konsumverhalten einer Person bzw. eines Haushalts ändert sich im Laufe des Lebens aufgrund sich wandelnder Präferenzen und Bedürfnisse mit steigendem Alter. Dies trifft einerseits auf das Konsumniveau bzw. die Sparquote und andererseits auf die Konsumstruktur zu. Die Altersstruktur der Bevölkerung hat damit unmittelbaren Einfluss auf die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen.

<sup>4</sup> Dieses Projekt wird aus Mitteln des Klima- und Energiefonds gefördert und im Rahmen des Programms „Neue Energien 2020“ durchgeführt.

<sup>5</sup> Im Jahr 2010 betrug der Anteil des privaten Konsums am BIP laut VGR 53,0 %. Vgl. Statistik Austria (2011): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, eigene Berechnung.

gen, wovon in weiterer Folge die Produktionsstruktur oder das Beschäftigungsniveau einer Volkswirtschaft abhängen.

Die Frage, welche Faktoren das Konsumniveau einer Person bzw. des Haushaltssektors determinieren, beschäftigt Ökonomen seit jeher. Traditionelle Konsumtheorien stellen dabei das Einkommen als zentrale Determinante des Konsum- bzw. Sparniveaus in den Vordergrund. Mögliche Konsumunterschiede aufgrund demographischer Variablen scheinen in den grundlegenden volkswirtschaftlichen Erklärungsmodellen unterrepräsentiert. In Hinblick auf die Höhe der Konsumausgaben bzw. des Sparens nimmt lediglich die Lebenszyklus-Hypothese von Modigliani<sup>6</sup> altersbedingte Unterschiede mit auf. Demnach wird Vermögen bis zum Pensionsantritt angespart und zur Kompensation des Einkommensrückgangs während der Pension verwendet. Modigliani führt dies nicht auf differenziertes Konsumverhalten aufgrund des unterschiedlichen Alters der Konsumenten zurück – der Konsum ist laut Lebenszyklus-Modell über den gesamten Lebenszyklus hinweg geglättet –, sondern sieht die Einkommensunterschiede im Zuge des Lebenszyklus als alleiniges Motiv. Die Altersstruktur der Bevölkerung hätte demnach zwar keine bedeutenden Auswirkungen auf das Konsumniveau, jedoch für die Sparquote der privaten Haushalte. Ein hoher Anteil der Erwerbsbevölkerung würde demnach zu einer hohen Sparquote führen; beim Übergang der Altersgruppe in die Pensionierung wäre ein Absinken der aggregierten Sparquote aufgrund des Entsparens der Haushalte im hohen Alter zu erwarten.

Empirische Analysen auf Basis der Lebenszyklus-Hypothese zeigen die erwarteten Effekte der Alterung auf die Sparquote der privaten Haushalte in Form eines Rückgangs, verbunden mit der Gefahr negativer Folgen für die Wirtschaftskraft.<sup>7</sup> Ergebnisse empirischer Untersuchungen auf mikroökonomischer Ebene veranschaulichen jedoch, dass die laut Lebenszyklus-Hypothese angenommene Glättung des Konsums über den Lebenszyklus nicht gegeben scheint, und insbesondere ein Rückgang des Konsums im Pensionsalter zu überdurchschnittlich hohen Sparquoten führt.<sup>8</sup> Dieses Ergebnis zeigt sich, wie in der folgen-

<sup>6</sup> Vgl. Modigliani, F./Brumberg, R. (1966): Nutzenanalyse und Konsumfunktion. In: Streissler, E./Streissler, M. (Hrsg.): Konsum und Nachfrage. Köln/Berlin, S. 319-337; sowie Ando, A./Modigliani, F. (1963): The „Life Cycle“ Hypothesis of Saving: Aggregate Implications and Tests. In: The American Economic Review, Vol. 53, No. 1, pp. 55-84.

<sup>7</sup> Siehe stellvertretend Masson, P.R./Tyron, R.W. (1990): Macroeconomic Effects of Projected Population Aging in Industrial Countries. In: Staff Papers – International Monetary Fund, Vol. 37, No. 3, pp. 453-483.

<sup>8</sup> Siehe stellvertretend Poterba, J.M. (1994): International Comparisons of Household Saving. Chicago/London.

den Tabelle 1 ersichtlich, auch im Rahmen einer Analyse des Konsumverhaltens österreichischer Haushalte auf Basis der Konsumerhebung 2004/05 für Österreich: So weisen Haushalte der Altersgruppen 70-79 sowie über 79 Jahre mit Werten von 9,8 % bzw. 21,3 % überdurchschnittlich hohe Sparquoten auf. Kurz nach dem Pensionsantritt (60-69 Jahre) wird jedoch mehr ausgegeben als eingenommen und auch unter 30-Jährige weisen erwartungsgemäß eine negative Sparquote auf.

**Tabelle 1: Haushaltseinkommen, Konsumausgaben und Sparquote nach Altersgruppe**

Alter d. HH- Repräsent. in Jahren	Haushalts- einkommen p.K. in €/Monat	Konsum- ausgaben p.K. in €	Spar- quote in %
< 30	1.178	1.261	-7,1
30-39	1.258	1.228	2,4
40-49	1.323	1.235	6,6
50-59	1.482	1.445	2,5
60-69	1.401	1.480	-5,6
70-79	1.273	1.148	9,8
> 79	1.343	1.057	21,3

Quelle: Aigner-Walder, B. (2011).

Eine darauf aufbauende Simulation zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Sparquote privater Haushalte kommt zu dem Ergebnis, dass auf nationaler Ebene aufgrund sich gegenseitig aufhebender Effekte bis 2030 keine direkten Effekte der Bevölkerungsalterung auf die Konsum- bzw. Sparquote zu erwarten sind. Auf regionaler Ebene liegen hingegen differenzierte Ergebnisse vor: So zeigt sich für die beiden Regionen Burgenland-Kärnten-Steiermark und Salzburg-Tirol-Vorarlberg ein Rückgang der Sparquote um 0,3 bzw. 0,9 Prozentpunkte, aufgrund des raschen Anstiegs der Altersgruppe 60-69 an der Gesamtbevölkerung. Der Alterungsprozess in der Region Niederösterreich-Oberösterreich-Wien geht hingegen weniger rasch vor sich, mit der Konsequenz eines vergleichsweise geringeren Bevölkerungsanteils im Pensionsantrittsalter und einer Zunahme der Sparquote um 0,3 Prozentpunkte.

Abgesehen von der Geschwindigkeit des Alterungsprozesses und regionalen Konsumunterschieden spielt insbesondere das abweichende Konsumverhalten der Altersgruppe der 60-69-Jährigen sowie die Entwicklung des Anteils dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der Konsum- bzw. Sparquote der privaten Haushalte. Langfristig ist aufgrund des stetigen Anstiegs der Altersgruppen über 69 Jahren mit einer Zunahme der Sparquote privater Haushalte auf nationaler Ebene zu rechnen.<sup>9</sup> In

<sup>9</sup> Für langfristige Prognosen zur Entwicklung der Sparquote siehe Aigner-Walder, B./Döring, T. (2012): The effects of population ageing on private consumption - A simulation for Austria based on household data up to

diesem Zusammenhang ist jedoch hervorzuheben, dass potentielle Anpassungen im staatlichen Sozialsystem aufgrund der demographischen Entwicklung, wie beispielsweise eine Reduktion der Pensionsbeiträge, unmittelbar Effekte auf das Sparverhalten erwarten lassen.

In Hinblick auf die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Konsumstruktur zeigt sich eine deutlichere Tendenz. Auch in den grundlegenden Theorien zum Konsumverhalten wird angenommen, dass sich die Präferenzen der Konsumenten im Zuge der Auswahl bevorzugter Güterbündel, u.a. aufgrund von demographischen Indikatoren wie dem Alter, unterscheiden. Da Präferenzen schwer messbar sind, bleiben diese im Nutzenmaximierungsmodell de facto jedoch unberücksichtigt. Wie in zahlreichen empirischen Studien belegt, zeigen sich in Abhängigkeit des Alters deutliche Unterschiede in der Konsumstruktur.<sup>10</sup> Dies gilt auch für Österreich: So steigt beispielsweise der Konsumanteil für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke in Abhängigkeit vom Alter des Haushaltsrepräsentanten an. Während unter 40-Jährige rund 11 % des Gesamtkonsums für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ausgeben, liegt der Anteil in den Altersgruppen zwischen 40 und 69 Jahren bereits bei 11,9-13,0 % und erreicht bei über 70-Jährigen einen Anteil von rund 16 %.

**Tabelle 2: Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Konsumstruktur bis 2030**

Ergebnisse Szenario 1 - Alterung Veränderung in Prozentpunkten	Δ 2010- 2030
Nahrungsm. und alkoholfreie Getränke	0,54
Alkoh. Getränke und Tabakwaren	-0,07
Bekleidung und Schuhe	-0,07
Wohnung, Beheizung, Beleuchtung	0,48
Wohnungsausstattung	-0,05
Gesundheit	0,18
Verkehr	-0,70
Nachrichtenübermittlung	-0,06
Erholung, Freizeit, Sport, Hobbies	-0,20
Bildung	-0,06
Café, Restaurant, Hotel	-0,25
Sonstige Ausgaben	0,26

Quelle: Aigner-Walder, B. (2011).

Tabelle 2 zeigt die potentiellen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf die Nachfragestruktur privater Haushalte in Österreich. Die Berechnungen basieren auf einem eigens entwickelten und geschätzten Nachfragemodell, einem modifizierten AIDS-Modell<sup>11</sup>, wel-

2050, zur Veröffentlichung angenommen in: Eurasian Economic Review, 23. S.

<sup>10</sup> Siehe stellvertretend Foot, D.K./Gomez, R. (2006): Population Ageing and Sectoral Growth: The Case of the U.K., 2006-2026. In: Oxford Journal of Business & Economics, Vol. 5, No. 1, pp. 1-17.

<sup>11</sup> Für grundlegende Informationen zum Almost Ideal Demand System siehe Deaton, A./Muellbauer, J. (1980): An Almost Ideal Demand System. In: The American Economic Review, Vol. 70, No. 3, pp. 312-326.

ches auch differenzierte Effekte auf den Konsum bei Einkommensänderungen in Abhängigkeit des Alters sowie Preisänderungen mit einbezieht. Neben Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken gewinnen insbesondere die Konsumkategorien Wohnung, Beheizung, Beleuchtung, Sonstige Ausgaben sowie der Bereich Gesundheit an Bedeutung. Den größten anteiligen Rückgang verzeichnet hingegen der Bereich Verkehr.

Auch bei Berücksichtigung der prognostizierten Veränderung der Haushaltsgröße in weiteren Szenarienberechnungen kommt es kaum zu Abweichungen. Entscheidend für die Intensität der Veränderung als auch die Richtung dieser sind hingegen potentielle Veränderungen innerhalb der Einkommensverteilung aufgrund unterschiedlicher Einkommenselastizitäten in Abhängigkeit des Alters.<sup>12</sup> Die vorgestellten Ergebnisse unterstreichen damit, dass die demographische Entwicklung in Österreich auch entscheidende Effekte für die Konsumnachfrage erwarten lässt. Eine Berücksichtigung dieser in wirtschaftlichen Prognosemodellen wäre deshalb von entscheidender Bedeutung.

Birgit Aigner-Walder

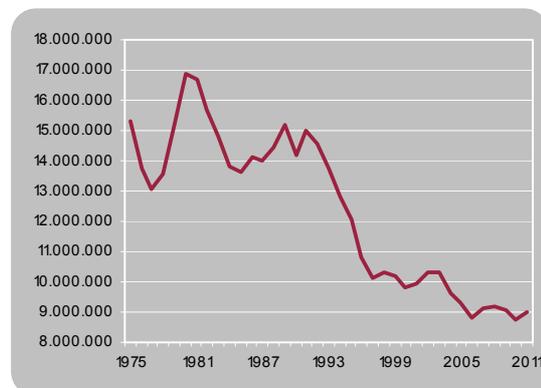
## Zusammenhang zwischen Tourismus und Wetter

Im Fremdenverkehrsjahr (FVJ) 2010/11 wurden im Kärntner Tourismus rund 12,4 Mio. Nächtigungen verzeichnet. Dies entspricht rund 10 % aller Nächtigungen in Österreich, womit Kärnten im Bundesländervergleich nach Tirol und Salzburg den dritten Rang einnimmt. Insgesamt 3,4 Mio. Nächtigungen oder 27,8 % entfallen auf das Winterhalbjahr; die restlichen 9,0 Mio. Nächtigungen bzw. 72,2 % auf das Sommerhalbjahr. Diese Werte verdeutlichen, dass der Sommertourismus in Kärnten eine besonders wichtige Rolle spielt. Seit dem FVJ 1985/86 sind die Nächtigungen – mit kleineren Fluktuationen – um 22,2 % gesunken. Im selben Zeitraum sind die Nächtigungen in Gesamt-Österreich allerdings um 19,4 % angestiegen.

Betrachtet man die Sommer- und Wintersaison<sup>13</sup> getrennt voneinander, so zeigt sich eine sehr differenzierte Entwicklung. Die Nächtigungen im Sommerhalbjahr (SHJ) sind seit 1975 von rund 15,3 Mio. auf 9,0 Mio. gesunken (-41,4 %). Jedoch zeigte sich zuletzt wie-

der eine positive Entwicklung. Im SHJ 2011 sind die Nächtigungen verglichen mit der Voraison um 2,6 % angestiegen (Abbildung 2).

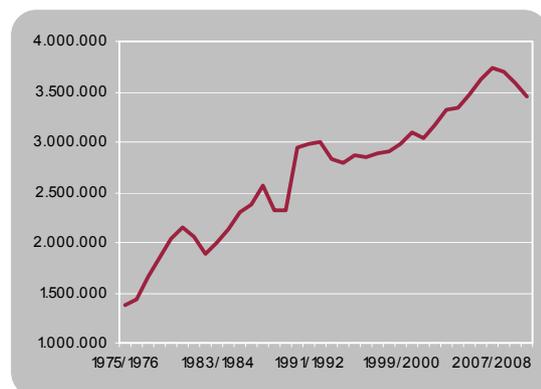
**Abbildung 2: Entwicklung der Sommernächtigungen – SHJ 1975 bis 2011**



Quelle: Austrian National Tourist Office (TourMIS)

Entgegen dem langjährigen Trend im Sommertourismus nahm die Bedeutung des Wintertourismus in Kärnten zu. Seit dem Winterhalbjahr (WHJ) 1975/76 haben sich die Nächtigungen – ausgehend von einem im Vergleich zur Sommersaison deutlich niedrigeren Niveau – mehr als verdoppelt (von 1,4 Mio. auf 3,4 Mio. im WHJ 2010/11). Jedoch sind seit dem WHJ 2008/09 auch die Winternächtigungen leicht rückläufig und sanken in den vergangenen zwei Saisonen um 2,8 % bzw. um 3,9 % (vgl. Abbildung 3).

**Abbildung 3: Entwicklung der Winternächtigungen – WHJ 1975/76 bis 2010/11**



Quelle: Austrian National Tourist Office (TourMIS)

Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser negative Trend fortsetzt. Grundsätzlich lässt sich eine zunehmende Bedeutung des Winterhalbjahres für die Tourismuswirtschaft in ganz Österreich beobachten.

Im Rahmen einer ökonometrischen Analyse des IHS Kärnten<sup>14</sup> wurde mit Hilfe eines Zeitreihenmodells versucht, den Einfluss meteorolo-

<sup>12</sup> Für nähere und weiterführende Informationen zu den hier vorgestellten Ergebnissen siehe Aigner-Walder, B. (2011): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den privaten Konsum – Ein AIDS-Modell für Österreich. Dissertation. Universität Klagenfurt.

<sup>13</sup> Das Winterhalbjahr (WHJ) umfasst die Monate November bis April; das Sommerhalbjahr (SHJ) die Monate Mai bis Oktober.

<sup>14</sup> Klinglmair, A. (2011): Der Kärntner Tourismus und die Auswirkung der meteorologischen Verhältnisse auf die Zahl der Nächtigungen. Working Paper Nr. 02/2011. IHS Kärnten: Klagenfurt.

logischer Verhältnisse auf die Zahl der Nächtigungen im Sommer- und Winterhalbjahr zu quantifizieren (Tabelle 3).

**Tabelle 3: Auswirkung der meteorologischen Bedingungen auf die Nächtigungen**

Sommerhalbjahr		
Variable	je Einheit	je Std. Abw.
Niederschläge (in mm)	-409,4	-20.305
Winterhalbjahr		
Niederschläge (in mm)	-546,2	-20.263
Schneehöhe (in cm)	+233,3	+10.990
Ostern (Dummy-Variable)	+45.488	+45.488

Quelle: Eigene Berechnungen IHS Kärnten

In der Sommersaison wirken sich die Niederschläge erwartungsgemäß negativ auf die Zahl der Nächtigungen aus: minus 20.305 Nächtigungen bei einem Anstieg der Niederschläge um 50 mm.<sup>15</sup> Auch im Winterhalbjahr haben die Niederschläge einen negativen Einfluss auf die Zahl der Nächtigungen: minus 20.263 Übernachtungen je 37 mm Niederschlag (=Std. Abw.). Jedoch hat die maximale Schneehöhe im Winter einen positiven Effekt auf die Nächtigungszahl, und zwar im Ausmaß von 10.990 Nächtigungen je 47 cm Schnee. Darüber hinaus können deutliche Nächtigungsschwankungen im Frühjahr mit Hilfe der Terminlage des Osterfestes erklärt werden. Jener Monat (März oder April) in den das Osterfest fällt, weist um rund 45.488 mehr Nächtigungen auf, als ein Monat in dem dies nicht der Fall ist.

Die Ergebnisse der ökonometrischen Untersuchung verdeutlichen die Wichtigkeit eines seit Jahren diskutierten touristischen „Allwetterangebots“, das die Saison zusätzlich verlängern kann. Da sich schlechte Wetterbedingungen negativ auf die Zahl der Nächtigungen auswirken, ist es besonders wichtig auch im Falle ungünstiger Wetterverhältnisse attraktive Angebote für die Touristen zu bieten. Dies gilt insbesondere für den Sommertourismus. Eine verstärkte Konzentration auf die Schaffung von Schlechtwettereinrichtungen würde auch dem lange geforderten Ziel eines Ganzjahrestourismus dienen. Die Bereitstellung attraktiver Schlechtwetterangebote alleine wird für eine Saisonverlängerung jedoch nicht ausreichen. Da sich Kärnten auf Grund seiner landschaftlichen Gegebenheiten (insbesondere Berge) besonders gut für Outdooraktivitäten wie beispielsweise Wandern, Radfahren oder Mountainbiken eignet, sollten diese in der zukünftigen Angebotsgestaltung verstärkt berücksichtigt werden. Outdooraktivitäten sind prädestiniert für die Saisonrandmonate wie Mai oder September und würden auch dem verstärkten Trend zum Aktivurlaub Rechnung tragen.

Andrea Klinglmair

<sup>15</sup>Diese Niederschlagsmenge entspricht der Standardabweichung, also jenem Wert mit dem die Niederschläge rundum ihren Mittelwert schwanken.

## Personalia



Die Qualifikation und Weiterbildung der Mitarbeiter/innen ist Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Arbeit eines angewandten Wirtschaftsforschungsinstituts und ein wesentliches Anliegen des IHS Kärnten. Frau Dr. Birgit Aigner-Walder hat im Februar 2012 an der

Alpen-Adria Universität Klagenfurt das Doktorstudium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschlossen. In Ihrer Dissertation befasste sich Frau Dr. Aigner-Walder mit den „Auswirkungen des demographischen Wandels auf den privaten Konsum“ in Österreich. Das Team des IHS Kärnten gratuliert zu diesem großen Erfolg!

## Fortsetzung Konjunktur:

Angesichts der bestehenden Unsicherheiten und einer Verschärfung der Kreditvergabebedingungen ist aber nur ein gedämpftes Wachstum zu erwarten. In ihrer im Jänner veröffentlichten Konjunkturprognose rechnet die EU-Kommission damit, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um 0,7 % zunehmen wird. 2013 sollte die österreichische Wirtschaft auf den längerfristigen Wachstumstrend zurückkehren.

In **Kärnten** stieg der Produktionsindex für den produzierenden Bereich im Durchschnitt der ersten elf Monate 2011 um 5 %, verglichen mit 6,5 % (im Gesamtjahr) in ganz Österreich. In der Sachgütererzeugung wurde die Produktion in Kärnten im Zeitraum Jänner bis Oktober um 6,7 % gesteigert, verglichen mit 8,5 % in ganz Österreich. Besser als im Bundesdurchschnitt entwickelte sich in Kärnten die Bauwirtschaft. In diesem Wirtschaftsbereich nahm die Produktion bis Oktober um 0,1 % zu, während sie in ganz Österreich um 0,5 % sank. Nach der Aktualisierung der Österreich-Konjunkturprognose wird ab Anfang April 2011 auf der Homepage des IHS Kärnten auch eine aktuelle Kärnten-Prognose verfügbar sein:

<http://www.carinthia.ihs.ac.at/wirtschaftsprognose.html>.

Klaus Weyerstraß

## Impressum

**Herausgeber:** IHS Kärnten  
**Adresse:** Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt  
 Tel. (0463)592150, Fax DW 23  
**e-mail:** info@carinthia.ihs.ac.at  
**Website:** www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 05.03.2012